

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redaktions-Bureau  
Bernsdorfer-Strasse 10/11  
Telefon-Nr. 20-211  
Erscheinung 4-mal wöchentlich  
Preis 1,- M., Einzelhefte 25 Pf.

Druck- und Verlags-Gesellschaft  
Bernsdorfer-Strasse 10/11  
Telefon-Nr. 20-211  
Erscheinung 4-mal wöchentlich  
Preis 1,- M., Einzelhefte 25 Pf.

Druck u. Verlag: Dietrich & Weichert,  
Breslau, Bernsdorfer-Str. 10/11  
Nachdruck nur mit druckl. Genehmigung  
(Breslau, Badstr.) zulässig. Unverlangte  
Geldstücke werden nicht aufbewahrt

## Deutschland gegen ein zweites Hoover-Jahr

### Brüning spricht mit dem englischen Botschafter

Berlin, 20. Jan. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold, hatte am Dienstagmittag mit dem Reichskanzler Dr. Brüning eine längere Unterredung, in deren Verlauf er dem offiziellen Vorschlag der englischen Regierung zur Debatte stellte, ob die Reichsregierung sich mit einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein Jahr, d. h. bis zum 30. Juni 1933, einverstanden erklären würde. Reichskanzler Dr. Brüning erklärte auf diesen Vorschlag, daß ihn die Reichsregierung leider nicht akzeptieren könne. Daß sie vielmehr an ihrem einmal eingenommenen Standpunkt festhalten müsse, daß eine baldige Endlösung herbeigeführt werden muß. Zwischenhände, die lediglich neues Mißtrauen hervorzurufen würden, müsse Deutschland ablehnen. In der weiteren Unterhaltung Rumbolds mit Dr. Brüning wurde auch die Vertagung der Lausanner Konferenz aber nicht mitgeteilt. Er wies lediglich darauf hin, daß das englische Kabinett sich in Kürze mit dieser Frage befassen werde. In der Reichsregierung nahestehenden Kreisen nimmt man nunmehr an, daß die Lausanner Konferenz, nachdem die französische Regierung sich hart entschlossen zeigt, nicht nach Lausanne zu gehen, auch von der englischen Regierung abgelehnt werden wird.

### Deutschland besteht auf der Endlösung

Eine andere Antwort, als die, welche Dr. Brüning dem englischen Botschafter gegeben hat, konnte er schon deshalb nicht bekommen, weil die Verlängerung des Hooverjahres nur eine Maßnahme sein würde, die im Rahmen des Youngplans bleibt und die Lösung erneut für längere Zeit hinauswürgelt. Außerdem würde ein zweites Hooverjahr die Übernahme weiterer deutscher Verpflichtungen bedeuten. Die Sachverständigen, die ja schließlich auch von Frankreich mitberufen worden sind, haben aber ausdrücklich festgestellt, daß Deutschland nicht zahlen kann, daß die Initiative für Verrückung der gegenwärtigen Schwierigkeiten über den Youngplan hinausgehen müsse, und daß Gefahr im Verzuge liege. Sie haben die Regierungen aufgefordert, so schnell wie möglich zu handeln. Dieser Bericht der Sachverständigen muß für die weitere Entwicklung maßgebend sein, wenn es gelingen soll, die Welt über die Krise hinwegzubringen. Bis zum Ablauf des Hooverjahres, also bis zum

1. Juli, ist noch über fünf Monate Zeit. Das ist nach deutscher Auffassung eine ausreichende Frist, um eine vernunftgemäße Lösung herbeizuführen, die die Verlängerung des Hooverjahres überflüssig machen würde.

Am Mittwochmittag hielt der sogenannte Reparationsausschuß des Reichskabinetts, dem die an der Reparationsfrage direkt interessierten Ressortleiter angehören, eine Sitzung ab, in der die Lage, wie sie aus der Kammererklärung Lavals und dem weitgehenden Schanpaffen Englands an die französische Stellungnahme entstanden ist, besprochen wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da die Entscheidung darüber, ob die Lausanner Konferenz verschoben werden soll oder nicht, ja bei England liegt, von dem auch die Einladungen zur Teilnahme an der Konferenz ausgingen. Die deutsche Regierung wird voranschrittlich bereit sein, auf den in der Dienstagabend der französischen Kammer von Leon Blum gemachten Vorschlag einzugehen, ein Schiedsgericht über die Höhe der bisher von Deutschland für den französischen Wiederaufbau geleisteten Zahlungen entscheiden zu lassen.

## England teilt Verschiebung von Lausanne mit

### Ein neuer Termin noch nicht festgelegt

London, 20. Januar. Das Foreign Office veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt: Die Verhandlungen zwischen den an der Lausanner Konferenz hauptsächlich interessierten Regierungen sind noch nicht beendet. Es liegt auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgelegten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft, daß binnen wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einschlagende Verlehen zustande kommt.

### Englische Kirchen für Streckung der Tribute

London, 20. Januar. Die Bischöfe der Kirche von England und die Führer der freien Kirche haben durch den Rat kirchlicher Weltlicher für soziale Fragen einen dringenden Appell erlassen, in dem sie die Christen in England und anderen Ländern auffordern, auf ihren Einfluß für die Aufhebung der Reparationszahlungen und internationalen Kriegsschulden geltend zu machen. Sie erinnern daran, daß die englischen Vertreter auf dem Wiener Kongress nach den napoleonischen Kriegen sich für leichte Bedingungen für Frankreich einsetzten, daß seine alten Grenzen behalten durfte, Elsaß-Lothringen nicht aufgeben mußte, von England keine Besatzungen in Afrika und Indien erhielt und nur eine mäßige Summe zu zahlen hatte. Anders war es in Versailles, wo der Welt der Schicksal vorherrschte. Die Reparationen, die Deutschland trotz seines bringenden Protestes auferlegt wurden, hätten sich als katastrophale Folgen für Besiegte und Sieger gehabt.

### Vor einer neuen Erklärung Lavals

Paris, 20. Januar. Am Donnerstagnachmittag wird die Aussprache über die allgemeine Politik in der Kammer fortgesetzt. Zunächst werden sieben Interpellationen, darunter Pierre Cot und Louis Marin, ihre Anfragen begründen, worauf eine Antwort Lavals zu erwarten ist. Da sich diese Antwort in erster Linie auf die Außenpolitik bezieht, steht man ihr hier mit Spannung entgegen.

### Genf beginnt am 2. Februar

Berlin, 20. Januar. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist wenigstens der Beginn der Abrüstungskonferenz genau festgelegt, und an diesem Zeitpunkt, nämlich dem 2. Februar, wird auf keinen Fall verzichtet werden. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil von den 64 Staaten, die an dieser Konferenz teilnehmen, eine große Anzahl Delegationen entsandt haben, die auf den Beginn des 2. Februar fest eingerichtet sind. Es wird angenommen, daß die Konferenz nicht sofort einen stark politischen Charakter annehmen wird; sondern die ersten Tage werden mit der Erörterung der technischen Vorarbeiten ausgefüllt sein, wie mit der Prüfung der Vollmachten und der Bestellung der Kommissionen. Mit dem Beginn der Generaldebatte wird die Abrüstungskonferenz dann das eigentliche politische Gesicht erhalten. In Berlin nimmt man als sicher an, daß in dieser Generaldebatte der Reichskanzler sprechen und den deutschen Standpunkt darlegen wird.

### Reparationen für Mätressen

Von Dr. Karl Megezie

Der französische Ministerpräsident Laval hat es in seiner Regierungserklärung für notwendig und geschmackvoll gehalten, Frankreichs harterhaltenes Festhalten an seinem „Recht“ auf Tribute moralisch zu begründen. Er sprach von einer Pflicht der Rechtlichkeit, von der sich die französische Regierung in ihrem Beharren auf diesem Standpunkt leiten lasse. Und kann eine solche Erörterung der moralischen Grundlagen des Tributsystems nur recht sein; denn sie bietet die beste Gelegenheit, den Reparationsbescheidern die Waage vom Gesicht zu reißen. Die nachfolgenden Ausführungen zeigen, wie diese „Rechtlichkeit“ aussieht, auf die sich Laval beruft; sie weisen an schlagenden Beispielen nach, wie schamlos Reparationen gefordert, erschlichen, erpreit wurden, und wie die moralische Gegenleistung von deutscher Seite mit Erfolg geföhrt werden kann.

Es gibt, von der deutschen Regierung wie von der Publizistik vergessen, fünf händelartige Akten über die Entstehung der „Reparationen“. Das Werk heißt: „Die Kriegsschadensrechnungen der alliierten und assoziierten Mächte.“ Hatte die Reichsregierung Sinn für das, was wir als moralische Tributoffensive foost gefordert haben, dann hätte sie dieses Arsenal längst geöffnet. Professor Würzburgner (Leipzig), der als deutscher Sachverständiger bei der Kriegsschadenkommission in Paris tätig war, hat schon 1929 einen ganz kurzen und außerordentlich zurückhaltenden Beitrag unter dem Titel: „Die die Reparationsforderungen betreffen“ (Kademische Verlagsgesellschaft Leipzig, 1929) erscheinen lassen, aber das deutsche Volk interessierte sich damals mehr für die neue Younghauffe als für die Bonidamen, mit denen ihm keine Lasten auferlegt wurden.

Man weiß, daß die Lausanner Note, auf Grund deren Deutschland den Passivstand abschloß, nur von der „Wiedergutmachung“ des Schadens sprach, der der Zivilbevölkerung der besetzten und gerückten Gebiete, und zwar durch deutsche Kriegshandlungen, zugefügt worden war. Eine Spur davon findet man noch im Art. 232 des Versailler Traktats. Als bald kam es aber zu den berühmten Auslegungen dieses Schadensbegriffes, vor allem durch General Smuts, so daß auch alle Militärpensionen und gleichartigen Vergütungen einbezogen wurden. Dadurch erhöhten sich die Forderungen um 75 Prozent! Als man Wilson die Unlogik dieser Sachverhältnisse, antwortete er: „Logik hin, Logik her. Die Pensionen werden eingerechnet.“ Nicht eingerechnet wurde natürlich der Wert der abgetretenen Gebiete, nicht einmal das Staatsvermögen in Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmédy und in den Kolonien. „Angerechnet“ wurde: der Wert der Danbelskotte, Kadel, Saargruben und Sachlieferungen und das beschlagnahmte deutsche Privateigentum. Natürlich haben die Feindstaaten deren Wert „schwerfändig“ selbst festgestellt, und das deutsche Privateigentum im Werte von rund 0,2 Milliarden wurde verschleudert, verschachert, verschoben!

Die Reparationskommission war verpflichtet, laut Vertrag, die Ansprüche der Geschädigten zu prüfen und die deutsche Regierung nach Billigkeit anzuhören. Sie sollte sich dabei — wieder laut Vertrag — von der Gerechtigkeit und von Treu und Glauben leiten lassen und sollte einseitliche Richtlinien und Grundzüge für die Berechnung der Schäden aufstellen, denn es war zu erwarten, daß gewisse Balkanstaaten oder die Regierpublik Liberia ihre Forderungen nach anderen Gesichtspunkten aufstellen würden, als z. B. England. In Wirklichkeit ist es der Repfo nicht eingeleitet, die Forderungen zu prüfen und Deutschland „nach Billigkeit anzuhören“. Sie hat im Gegenteil die deutsche Kommission schikanert, wo sie konnte, ihr die kürzesten Fristen zugemessen, ihre Einwände überhört oder darob abgewiesen. Zum Beispiel brachte sie das Punktschick fertig, innerhalb acht Tagen die Tausenden von Anträgen, Einwendungen und Darlegungen der Deutschen, die sich binnen zwei Monaten durch den Wut von neugeborenen Staaten durchstreifen mußten, mündlich „nach Billigkeit anzuhören“, d. h., sie schnitt Deutschland einfach das Wort ab und setzte jenen Phantastiebetrag von 132 Milliarden fest, der ja heute noch im Youngplan durchschimmert. Die Mächte haben also weder die eingereichten Schadensforderungen geprüft noch Deutschland Gelegenheit zur Nachprüfung und Kontrolle gegeben. Das war ihr „Treu und Glauben“.

Frankreich erhält mehr, als es fordert  
Am 8. Oktober 1920 ging die Einladung der Repfo an 20 Staaten aus — so viele Feinde hatte Deutschland —, sie sollten ihre Schäden anmelden. Zur Ehre folgender Staaten sei festgestellt, daß sie sich an diesem Wettbewerb nicht beteiligten, obwohl man sie aufgefordert hatte: China, Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Uruguay

zum Abend dem besten ungemessene das Flaxer Schanzen 100, in der medienwand  
leid war eine  
m Fuhrer  
inen Matten  
der Blick in  
hoher Berge  
betet. Sch  
locken langen  
Wesentepid.  
traf er Eva  
Ne erst gar  
ließ sie stehen  
Sie?!  
Blut. Nicht  
gelt?  
nen teilte Ab  
den großen  
mit ihr durch  
lichte er nach  
ganz regel  
Profil. Aber  
ganz geföhrt  
des Reuhten  
ten Seit ge  
Tage kamen,  
im Kurhotel,  
Wiso das ist  
„Dat Herr  
Eine glühende  
nen nicht von  
war es.“  
eigen wieder  
uppermüden  
Sie also in  
en. Sind Sie  
rätten, etwas  
y ihrer Härte  
on den Willen  
er Linden ihre  
lasse um das  
verföhrt. Und  
e dieser Frau  
e unterdrücken  
den Fingern,  
an die Lippen  
as Herr und  
niel auch im  
so dann auf  
nd schlug den  
burgast-Kaufe  
schenkt. Aber  
lswelle heute.  
He. Schließen  
Sie ab.“  
ein Spürchen  
aus der  
as Kavallerie-  
dazu einen  
und Baronin  
dem Frontier  
Dimmelfolde  
angen voran,  
n. Die Sonne  
schien, als ob  
h von sühem